

NEUTRAL, SCHNELL & EINFACH

Über Abstimmungen
& Wahlen informiert!

Abstimmung am:

04.03.2018





Die jährlich pauschal erhobenen Empfangsgebühren zur Finanzierung des Service-public-Auftrags in der Schweizer Radio- und Fernsehlandschaft sollen per Verfassungsartikel vollständig abgeschafft werden. Auch die Definition von gesellschaftlichen Zielen von Fernsehen und Radio werden aus der Verfassung gestrichen. Die SRG sowie zahlreiche weitere lokale und regionale Radio- und Fernsehstationen erhalten keine Bundesgelder mehr.

Die Vorlage möchte die Radio- und Fernsehgebühren abschaffen und so für mehr Medienfreiheit und -vielfalt sowie für finanzielle Entlastung sorgen.

*Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren
(Abschaffung der Billag-Gebühren)*



CH

Die **Empfangsgebühr** richtet sich unfaire Weise nicht nach der effektiven Mediennutzung. Haushalte und Unternehmen sollen deshalb von dieser «Zwangsgebühr» befreit werden.

Eine **gebührenfinanzierte** Schweizer Radio- und Fernsehlandschaft führt zu Marktverzerrungen. Darunter leidet die Medienfreiheit und -vielfalt.

Die **SRG** als Hauptempfängerin von Gebührengeldern ist hochgradig von der Politik abhängig. Zudem sendet sie zahlreiche Formate, welche nicht dem Service-public-Auftrag entsprechen.

Dafür

Ohne die Empfangsgebühr sind die SRG sowie zahlreiche weitere gebührenempfangende Radio- und Fernsehstationen akut in ihrer Existenz bedroht.

Ein **massiver** Rückgang von Medienfreiheit und -vielfalt wäre die Folge. Eine reine Finanzierung über Werbung ist wirtschaftlich nicht rentabel.

Unabhängige und sachliche Informationen sowie der interregionale Medienfinanzausgleich bilden Grundpfeiler für die Demokratie und den nationalen Zusammenhalt. Nur mit einer Gebühr können diese garantiert werden.

Dagegen



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

→ Begriffs- erklärungen

Service Public

Als Service Public werden in der Schweiz alle öffentlichen Dienstleistungen sowie die Infrastruktur bezeichnet, die der Bund, die Kantone oder die Gemeinden für die Allgemeinheit erbringen. Dazu gehören z.B. der öffentliche Verkehr, die Post, das Gesundheitswesen, die Bildung, die Abfallentsorgung wie auch das staatliche Medienangebot.

Konzession

Um in der Schweiz einen Radio- oder Fernsehsender zu betreiben, benötigt man eine Bewilligung, auch Konzession genannt. Dies ist nötig, weil die verfügbaren Frequenzen zur Ausstrahlung der Sender Gemeingut sind und gewisse Qualitätsstandards sichergestellt werden sollen. Daher ist eine Konzession immer nur die Verleihung eines Nutzungsrechts und in der Dauer beschränkt.



Mehr Infos auf vimentis.ch
Erfahren Sie alles über Abstimmungen,
Meinungen und andere politische Themen,
unabhängig, schnell und einfach.



Bei einem Ja zur Finanzordnung 2021 wird die verfassungsrechtliche Kompetenz des Bundes zur Erhebung der Mehrwertsteuer und der direkten Bundessteuer bis 2035 verlängert. Zusätzlich wird die überflüssig gewordene Übergangsbestimmung zur Erhebung der Biersteuer aus der Verfassung gestrichen.

Das Recht des Bundes zur Erhebung der Mehrwertsteuer und der direkten Bundessteuer soll bis 2035 verlängert werden.

Obligatorisches Referendum zur Finanzordnung 2021



CH

Die Befristung ermöglicht es Volk und Ständen auch weiterhin in regelmässigen Abständen über die beiden zentralen Steuern zu diskutieren. Ein Wegfall dieser Steuern steht momentan ohnehin nicht zur Diskussion.

Ohne die Einnahmen aus den beiden Steuern kann der Staat seine Aufgaben nicht mehr im gleichen Umfang wahrnehmen. Die Erhebung der Steuern sollten deshalb nicht befristet, sondern unbefristet verlängert werden.



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Dafür

Dagegen

Steuer

Die Steuer ist eine öffentliche Abgabe und bildet die wichtigste Einnahmequelle für den Staat. Jede Person, welche in der Schweiz wohnt, arbeitet oder einkauft, kann in der Schweiz steuerpflichtig werden.

Steuern muss man bezahlen, ohne dass man eine direkte Gegenleistung dafür vom Staat erhält. Dies unterscheidet die Steuer von den Kausalabgaben, welche weitere öffentliche Abgaben darstellen.

Es gibt in der Schweiz eine ganze Reihe unterschiedlicher Steuern. Grundsätzlich kann man zwischen direkten und indirekten Steuern unterscheiden. Die wichtigsten Steuern für den Staat sind die sogenannten direkten Steuern, nämlich die Einkommensteuer, Vermögensteuer, Gewinnsteuer und Kapitalsteuer. Zu den indirekten Steuern zählen z.B. die Mehrwertsteuer, Stempelabgaben, Tabaksteuer, Mineralölsteuer, Hundesteuer, kantonale Motorfahrzeugsteuer, Lotteriesteuer und viele mehr.



Mehr Infos auf vimentis.ch
Erfahren Sie alles über Abstimmungen,
Meinungen und andere politische Themen,
unabhängig, schnell und einfach.



Bei Annahme der Volksabstimmung erhalten die Studierenden einen Drittel der kantonalen Stipendien als (zinslosen) Kredit. Nach Abschluss des Studiums muss dieser innerhalb von 10 Jahren zurückbezahlt werden. Betroffen wären jährlich 1200 Personen mit einer Stipendiumssumme von 9 Millionen Franken, wovon 3 Millionen Franken zurückbezahlt werden müssten.

Studierende sollen nach dem Studium einen Drittel der vom Kanton Aargau erhaltenen Stipendien an den Kanton zurückzahlen.

*Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz; StipG);
Änderung vom 7. November 2017*



AG

Durch die Gesetzesänderung kann die schwierige Finanzlage des Kantons entschärft werden. Bis zu 3 Millionen Franken pro Jahr könnten eingespart werden.

Die Gesetzesänderung motiviert Studierende, während des Studiums Teilzeit zu arbeiten. Dies ist bereichernd und wichtig für die zukünftige Berufskarriere.

Rund zwei Drittel des Stipendiums erhalten die Studenten weiterhin ohne die Bedingung des Darlehens. Die Einschränkung ist also gering.

Die Gesetzesänderung widerspricht dem gleichberechtigten Zugang zur Bildung und benachteiligt Studierende aus sozial schwächeren Familien.

Die Kosten der Verwaltung und Einforderung der Darlehen reduzieren den Spareffekt von drei auf höchstens 1.5 Millionen Franken pro Jahr.

Viele Studierende müssten mehr arbeiten, um der Verschuldung zu entgehen. Dadurch dauert das Studium länger, was wiederum mehr Kosten verursacht.



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Dafür

Dagegen

Transferzahlung

Eine Transferzahlung (auch Transferleistung oder Transfereinkommen) ist eine Leistung, für die der Empfänger keine entsprechende Gegenleistung erbringt oder erbringen muss.

Beispiele für typische staatliche Transferzahlungen sind Sozialhilfeleistungen, Kinderzulagen oder Stipendien. Diese gehen an private Haushalte. Unter die Transferzahlungen fallen aber auch Subventionen an Unternehmen.

Ein Beispiel für eine typische private Transferzahlung ist die Unterstützung durch Familienangehörige.



Mehr Infos auf [vimentis.ch](https://www.vimentis.ch)
Erfahren Sie alles über Abstimmungen,
Meinungen und andere politische Themen,
unabhängig, schnell und einfach.

Über Vimentis

Vimentis.ch ist die grösste Politikplattform der Schweiz. Über 60 Studierende setzen sich ehrenamtlich für bessere Entscheide in der Schweizer Politik ein.

Wen wähle ich in den Nationalrat?

Vimentis – Einfach Wählen findet in wenigen Minuten die Kandidierenden, welche Ihrer politischen Meinung am nächsten sind.

Wie stimme ich ab?

Zu allen nationalen und vielen kantonalen Abstimmungen schreibt Vimentis neutrale Zusammenfassungen, um in nur 60 Sekunden abstimmen zu können!

Was finde ich sonst noch auf Vimentis?

Interessierte Leser/-innen finden detaillierte Hintergrundtexte zu Abstimmungen und anderen politischen Themen.

**Weitere Infos auf
vimentis.ch**

